



PRESSEMITTEILUNG

Rechtskommission will abwarten, aber die Zeit drängt für Schweizer KMU.

16. August 2024

Die Rechtskommission des Nationalrats hat mit einer Mehrheit von 13 zu 25 Stimmen beschlossen, der [Parlamentarischen Initiative 23.454](#) keine Folge zu geben. Stattdessen möchte sie zunächst den Bericht des Bundesrats abwarten, der im Rahmen des Postulats 23.4062 zur Unterstützung der Schweizer KMU bei der Umsetzung der ESG-Richtlinien erstellt wird, bevor über das weitere Vorgehen entschieden wird.

Die von Nationalrätin Sophie Michaud Gigon eingebrachte Initiative wird von einem breiten Spektrum an Parlamentariern sowie über 500 Unternehmen unterstützt. Sie zielt darauf ab, Schweizer KMU konkrete Lösungen für die regulatorischen Entwicklungen in der EU zu bieten. Der offizielle Rechtsstatus "Nachhaltige Unternehmen" wäre freiwillig und würde für jene Unternehmen gelten, die sich dazu entscheiden, ein Nachhaltigkeitsprogramm einzuführen und jährlich einen öffentlichen Bericht zu veröffentlichen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Initiative knüpft an [ein Postulat von Ständerat Josef Dittli](#) an, das den Bundesrat auffordert, die indirekten Auswirkungen von EU-Regulierungen und internationalen ESG-Standards auf Schweizer KMU zu untersuchen.

"Die beiden Einreichungen gehen Hand in Hand. Das Verständnis für die Marktdynamiken, denen einige Schweizer Unternehmen ausgesetzt sind, muss neben formalen Erwägungen auch bei der Beurteilung durch die Parlamentarier ins Gewicht



fallen. Und diese Anerkennung wäre im Übrigen legitim für die KMU, die sich auf diesem Weg engagieren", sagt Sophie Michaud Gigon.

„Die Schaffung eines Status für nachhaltige Unternehmen würde es den KMU ermöglichen, wettbewerbsfähig zu bleiben, indem ihnen ein klarer Rahmen für die Integration nachhaltiger Praktiken geboten wird, ohne den Verwaltungsaufwand zu erhöhen. Dies würde ihre Position auf den internationalen Märkten stärken und gleichzeitig den steigenden Erwartungen von Verbrauchern und Investoren gerecht werden“, ergänzt Patricia von Falkenstein, Nationalrätin der FDP - LDP. „Wir werden das gesamte Parlament weiterhin auf diese Chancen aufmerksam machen.“

"Die Allianz bedauert, dass die Rechtskommission des Nationalrats beschlossen hat, dieses entscheidende Projekt vorerst nicht weiterzuverfolgen, aber wir sind zuversichtlich, dass die Ergebnisse des mit dem Postulat Dittli verbundenen Berichts und der Konsultation des Bundesrats zeigen werden, dass die Situation der KMU dringender denn je ist und dass andere Länder auf Betreiben von Unternehmern ähnliche Rahmenbedingungen eingeführt haben", fügte Jonathan Normand, Sprecher der Allianz, hinzu.

Letzte Woche richteten 75 CEOs [einen Brief an die Mitglieder der Kommission](#) und forderten sie auf, die KMU bei der Bewältigung der indirekten Auswirkungen neuer EU-Regelungen wie der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) und der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen in Bezug auf Nachhaltigkeit (CSDDD) zu unterstützen. Auf diesen Brief folgte eine Mitteilung von economiesuisse und dem SGV, in der die Kommissionsmitglieder aufgefordert wurden, die Initiative abzulehnen.

"Es ist von grundlegender Bedeutung, dass die grossen Dachverbände, die die Unternehmen in der Schweiz vertreten, ihren Teil dazu beitragen, ein Umfeld zu schaffen, das der Nachhaltigkeit förderlich ist. Das Vertrauen auf Initiativen aus der Privatwirtschaft allein wird nicht ausreichen", sagt André Hoffmann, Vizepräsident von Roche und Unterstützer der Allianz.



Die Initiative wird im September vom Plenum des Nationalrats behandelt.

"Wir werden daran arbeiten, einen breiteren Konsens unter den Wirtschaftsverbänden und politischen Vertretern aufzubauen, um zu einem umfassenden und breit unterstützten Projekt zu gelangen", schloss James Gentizon, Präsident von Innergia.

Über die Allianz:

Die Allianz für nachhaltige Unternehmen ist eine proaktive Koalition von Mitgliedern wie Swiss Leaders, dem Schweizerischen Unternehmensverband, GWÖ Schweiz, öbu, der Global Reporting Initiative, der Ethos Stiftung und wird von der Stiftung B Lab Schweiz koordiniert.

Auskünfte:

Jonathan Normand, Gründer und CEO der Stiftung B Lab Schweiz, Sprecher der Allianz, jnormand@blab-switzerland.ch, +41 79 174 5414

Sophie Michaud Gigon, Nationalrätin, sophie.michaud_gigon@parl.ch, +41 77 434 6408

Patricia von Falkenstein, Nationalrätin, Mitglied der Kommission für Rechtsfragen, pvfalkenstein@gmx.ch, +41 XX XXX XXXX